



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SPD-Ratsfraktion Lüdenscheid

Fraktionsvorsitzender Jens Voß, Vusmecke 7, 58513 Lüdenscheid
Tel.: 0 23 51 / 1 29 17, Handy: 0170 / 81 83 268, E-Mail: JensVoss@t-online.de

Lüdenscheid, 2. Dezember 2025

An den
Vorsitzenden des Stadtplanungsausschusses Jens Voß
Vusmecke 7

58513 Lüdenscheid

z. K. an:

Referent des Bürgermeisters Frank Kusmirtz, Fachbereichsleiter Stephan Theo Hammer und
Fachdienstleiter Stefan Frenz

per E-Mail: jens.voss@rat.luedenscheid.de
buergermeister@luedenscheid.de
frank.kusmirtz@luedenscheid.de
stephan.hammer@luedenscheid.de
stefan.frenz@luedenscheid.de

Änderungsantrag zum Antrag der Linken bzgl. des Tagesordnungspunktes 6 des öffentlichen Teils der Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 4. Dezember 2025

Sehr geehrter Herr Voß,
lieber Jens,

nachfolgenden Änderungsantrag zum Antrag der Linken zum Tagesordnungspunkt 6 des öffentlichen Teils der Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 4. Dezember 2025 bittet die SPD-Fraktion in die Tagesordnung aufzunehmen.

Der Stadtplanungsausschuss möge beschließen:

Antrag:

a) Die Verwaltung wird beauftragt, im Zuge der weiteren Bearbeitung des Bebauungsplans Nr. 708 „Stüttinghausen Ost“, 10. Änderung, die rechtlichen und planungstechnischen Möglichkeiten zur grundsätzlichen Erweiterung des zulässigen Baufensters für eine gemischte Bebauung zu prüfen und im nächsten

Stadtplanungsausschuss (Aktuell ist das der 18.3.2026) zur Abstimmung vorzulegen.

b) Die Verwaltung wird beauftragt, die Lüdenscheider Wohnstätten AG (LüWo) sowie andere branchentypische, regionale Unternehmen in den Planungsprozess mit einzubinden und sie zu beauftragen, ein Konzept zur Realisierung von sozial gefördertem und bezahlbarem Wohnraum in diesem Baugebiet zu entwickeln, welches die wirtschaftliche und städtebauliche Machbarkeit gewährleistet.

c) Auf die Festlegung einer konkreten prozentualen Quote für sozial gebundenen Wohnraum und die vorzeitige detaillierte planungsrechtliche Umsetzung mittels Verpflichtungserklärung und § 13a BauGB wird zum jetzigen Zeitpunkt verzichtet. Diese Details sollen im Rahmen der Konzepterstellung und nach Klärung der tatsächlichen baurechtlichen Möglichkeiten im Hauptausschuss abschließend beraten und beschlossen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Manuel Bunge-Altenberg

(Stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender)